

Antrag an den Landesrat:

Expertensymposium „Sozialstaat der Zukunft“

Antragstellerin: Sozialistische Linke NRW

Der Landesrat möge beschließen:

Der Landesrat fordert den Landesvorstand auf, eine öffentliche Veranstaltung in Form eines Expertensymposiums zur Frage „Sozialstaat der Zukunft“ zu organisieren. Schwerpunkt der Veranstaltung ist die Überarbeitung und Neukonzeption der Grund- und Arbeitslosensicherung. Die Veranstaltung soll von Fachleuten aus den Wohlfahrtsverbänden (wie Paritätischer Wohlfahrtsverband, AWO etc.), Gewerkschaften und Wissenschaft besetzt sein und außerdem andere europäische Linksparteien einbeziehen, die ihre nationalen Sozialstaatskonzepte als Beispiele in die Debatte über den „Sozialstaat der Zukunft“ einbringen.

Deshalb soll diese Veranstaltung zeitnah zur Europawahldebatte der Partei, jedenfalls noch vor der EU-Wahl durchgeführt werden.

Begründung:

Zu den Gründungsbedingungen der LINKEN gehörte der Protest und Widerstand gegen das Hartz IV-System. Die Kritik am Sozialstaatsabbau war gleichsam eine, aber eine wesentliche Voraussetzung für den Aufstieg der LINKEN nach 2005. Dieser Gründungskonsens, der gleichzeitig den Markenkern der LINKEN ausmachte, ist inzwischen aufgebraucht.

Erstens distanziert sich die SPD inzwischen zumindest verbal vom Sozialstaatsabbau und modifiziert das System – wenn auch zu langsam und nicht im Kern, aber immerhin – mit einer sozialeren Stoßrichtung. Das hat zur Folge, dass der SPD hier Kompetenz und auch die machtpolitische Möglichkeit der Änderung zugeschrieben wird, während die LINKE eher als Außenseiter dasteht, die nur kritisiert, aber keine Chance hat etwas durchzusetzen.

Vor allem weiß niemand, welches Konzept die LINKE im Bereich der Grundsicherung und Arbeitslosenversicherung verfolgt. Die Kritik an den zaghaften Reformschritten der Koalition nach dem Motto: „Schritt in die richtige Richtung, aber zu wenig, zu langsam“ verfängt nicht, weil die Koalition auf die Bremser im Bundesrat und der Union hinweisen kann. Die Sanktionslogik des Hartz IV-Systems hat selbst das BVerfG verworfen und sie steht in der Regierungskoalition immerhin auf der Agenda.

Die LINKE steht nicht in allen Bereichen der Sozialversicherungssysteme weitgehend ohne Konzept da. Mit der Bürgerversicherung im Bereich des Gesundheitssystems und der Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen liegen tragfähige Konzepte vor, die allerdings kommuniziert werden müssten.

Im Bereich der Grund- und Arbeitslosensicherung gibt es einen durch Mitgliederentscheid verabschiedeten Auftrag an den Bundesvorstand, Konzepte der Grundsicherung, das bedingungslose Grundeinkommen zu prüfen. Die Konzepte können allerdings sehr unterschiedlich aussehen oder anders: sehr unterschiedliche Konzeptionen und Vorschläge tragen den Namen Grundsicherung und auch Grundeinkommen. Auch der aktuelle Report des Club of Rome mit dem Titel „earth4all“ schlägt eine „allgemeine Grunddividende“ vor, der aus einem Fonds beglichen werden soll, der sich aus Abgaben für die Nutzung von Naturgütern speist. Allerdings fällt diese Grunddividende eher niedrig aus, so wird der Betrag von 5000 Dollar pro Jahr pro (erwachsene?) Person genannt. Hier bestehen viele Unklarheiten und verschiedene Modelle der Sicherung müssen durchgerechnet und auf ihre intendierten und nicht-intendierten Effekte geprüft werden.

Kurz: Der Markenkern der LINKEN, ein tragfähiges und vermittelbares Konzept für einen Sozialstaat, der diesen Namen verdient und den Menschen Existenzängste nimmt, fehlt.

Deshalb scheint es sinnvoll, die Diskussion um eine neue Konzeption des Sozialstaates innerhalb der LINKEN als Lernprozess zu beginnen, in dem die Positionen anderer „Stakeholder“ wie auch solche aus der Wissenschaft unvoreingenommen zu prüfen sind. Dazu ist es insbesondere sinnvoll, Sozialstaatsmodelle fortgeschrittener Industriestaaten und fortschrittlicher Sozialstaaten miteinander zu vergleichen, um möglicherweise lernen zu können.

Solche Neuorientierung und Lernprozesse können mit einem Symposium beginnen, das nicht – wie üblich – als Selbstdarstellung der parteipolitischen Akteure als Konferenz der „Schon-Alles-Wissenden“ konstruiert ist, sondern als Workshop, bei dem der Schwerpunkt im ersten Wort liegt, beim gemeinsamen Arbeiten und Erarbeiten von Konzepten, die später zu Positionen oder Vorschlägen gerinnen können. Oder vielleicht wird es auch ein Learnshop. Einem größeren Publikum kann der Workshop über ein Webinar, das Zuhören gestattet, geöffnet werden.

Ein Learn-Workshop mit Partnern aus der EU erscheint insbesondere als Vorbereitung der Wahl zum EP sinnvoll und damit kann ein eingeständiger Akzent in NRW gesetzt werden. Ein solches Vorhaben steht nicht in Konkurrenz zu evtl. geplanten Vorhaben der Bundespartei, sondern kann diese sinnvoll ergänzen – wenn auch sicher nicht ersetzen.